

Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung

RESEARCH

Barbara Thiessen · Clemens Dannenbeck
Mechthild Wolff *Hrsg.*

Sozialer Wandel und Kohäsion

Ambivalente Veränderungsdynamiken



Institut Sozialer Wandel
und Kohäsionsforschung



Springer VS

Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung

Reihe herausgegeben von

Sigrid Bathke, Landshut, Deutschland

Uta Benner, Landshut, Deutschland

Hubert Beste, Landshut, Deutschland

Stefan Borrmann, Landshut, Deutschland

Clemens Dannenbeck, Landshut, Deutschland

Dominique Moisl, Landshut, Deutschland

Karin-Elisabeth Müller, Landshut, Deutschland

Mihri Özdoğan, Landshut, Deutschland

Barbara Thiessen, Landshut, Deutschland

Mechthild Wolff, Landshut, Deutschland

Eva Wunderer, Landshut, Deutschland

Soziale Ungleichheit bezeichnet ein zentrales gesellschaftliches Phänomen, das mit der Entwicklungsgeschichte der Sozialen Arbeit und anderer Sozialwissenschaften untrennbar verbunden ist. Spätestens mit dem Aufkommen des modernen Industriekapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde der gesellschaftspolitische Hintergrund geschaffen, auf dem sich Soziale Arbeit als Organisationsinstanz entsprechender Hilfen und Unterstützungsleistungen herausbilden konnte. Während in der fordistischen Phase der Nachkriegsgeschichte die Auswirkungen der Polarisierungsprozesse in den unteren Segmenten der Gesellschaft noch einigermaßen hinreichend abgefedert werden konnten, treten die Konsequenzen dieser „gespaltenen Moderne“ in der neoliberalen Ära immer deutlicher zu Tage. Für die Sozialwissenschaften ist damit ein verstärkter theoretischer wie empirischer Forschungsaufwand verbunden, um die Folgen dieser sozialpolitischen Verwerfungen besser verstehen und darstellen zu können. Das Institut „Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung (IKON)“ legt seinen Fokus einerseits auf die Eruiierung dieser tiefgreifenden strukturellen Transformationsprozesse, um andererseits aber auch gesellschaftliche Kohäsionsmomente herausarbeiten zu können, die den zunehmenden Spaltungsprozessen entgegen wirken können. Zentral ist dabei die Analyse der Stärkung von Teilhabe und Lebensbewältigungskompetenzen. So vielfältig wie die zu bearbeitenden Problemstellungen fallen die sozialen Felder aus, in denen kohäsionsbezogene Alternativen zu erforschen sind. Dazu gehören beispielhaft die Kinder- und Jugendhilfe, die Herausforderungen der Pflege und Gesundheitsförderung, die Analyse von Geschlechterverhältnissen und Care sowie Formen der Arbeitsteilung im Kontext von Familie und Beruf, die intersektoralen Prozesse sozialer Ausschließung im Bereich abweichenden Verhaltens und sozialer Kontrolle, die Fragen der Integration, der Inklusion/ Exklusion und Migration sowie der Bereich der betrieblichen Restrukturierung und des demographischen Wandels. „Kohäsion“ bedeutet so verstanden immer auch die Suche nach gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten jenseits von eindimensionalen Kausalitäten. Die grundsätzliche Möglichkeit und das grundlegende Erfordernis einer Gestaltbarkeit von Gesellschaft stehen daher im Vordergrund der maßgeblichen wissenschaftlichen Anstrengungen, die sich auch durch eine Ausrichtung auf externe gesellschaftliche Zwecksetzungen auszeichnen und fachliche Debatten anregen wollen. IKON verfolgt insoweit eine Forschungsprogrammatische, die auf eine etablierte und auch selbstverständliche Forschungspraxis auf dem Gebiet der Hochschulen für angewandte Wissenschaften abzielt, auch um ihre gesellschaftliche Stellung und strategische Gewichtung weiter zu konsolidieren. Zu betonen ist dabei eine Eigenständigkeit und Selbstverantwortung von Forschung. Denn gerade die immer noch wachsenden allgemeinen Ansprüche an die Regulierungsfähigkeit und Steuerungskraft des sozialen Bereichs machen eine entsprechende Grundlegung, die maßgeblich durch empirische Forschung ausgeformt wird, schlicht unverzichtbar.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/16176>

Barbara Thiessen · Clemens Dannenbeck ·
Mechthild Wolff
(Hrsg.)

Sozialer Wandel und Kohäsion

Ambivalente Veränderungsdynamiken

 Springer VS

Hrsg.

Barbara Thiessen
Hochschule für angewandte
Wissenschaften Landshut
Hochschule Landshut
Landshut, Deutschland

Clemens Dannenbeck
Hochschule für angewandte
Wissenschaften Landshut
Hochschule Landshut
Landshut, Deutschland

Mechthild Wolff
Hochschule für angewandte
Wissenschaften Landshut
Hochschule Landshut
Landshut, Deutschland

Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung

ISBN 978-3-658-25764-4

ISBN 978-3-658-25765-1 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25765-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

- 1 Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung - Eine Einleitung 1
Barbara Thiessen, Clemens Dannenbeck, Mechthild Wolff

Sozialer Wandel und Kohäsion: Grundlegende Perspektiven

- 2 Ambivalenter Wandel in ambivalenten (Krisen)Zeiten 15
Clarissa Rudolph
- 3 Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland – Folgen
für die Diskussion sozialer Ungleichheit und gerechter Migration 31
Ludger Pries
- 4 Soziale Arbeit - Herausforderungen und Risiken 45
Jan Keller
- 5 Sozialpolitische Dimensionen von sozialem Wandel und Kohäsion 61
Ute Fischer
- 6 Geschlechterverhältnisse im sozialen Wandel – Die Bedeutung von
Care-Theorien für Soziale Arbeit 79
Barbara Thiessen

"Eins vor, zwei zurück" - Wirkungen und Nebenwirkungen im institutionellen Kinder- und Jugendschutz

- 7 Diskursive Schauplätze Geschlecht und Sexualität –
Zur Normalisierung von Gewalt 99
Elisabeth Tuider
- 8 Sexualpädagogik als Beitrag zum grenzwahrenden Umgang
mit Kindern und Jugendlichen 115
Anja Henningsen
- 9 Kindeswohlgefährdung und der Verlust sozialer Kohäsion -
Zur Notwendigkeit proaktiver Prävention durch Schutzkonzepte in
Organisationen Sozialer Arbeit..... 131
Mechthild Wolff

Inklusion und Diversity zwischen Vision und Wirklichkeit

- 10 Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit zwischen Vision und
Wirklichkeit
Ein Zwischenresümee 145
Gunda Voigts
- 11 Zu kurz gesprungen. Auf dem Weg zu gleichwürdiger Teilhabe und
Nichtdiskriminierung? Kritische Anmerkungen zum Inklusionsdiskus,
wie wir ihn kennen 165
Clemens Dannenbeck
- 12 Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession im Kontext von Flucht 181
Nivedita Prasad

13	Die Schule als (Re)Produzentin sozialer Ungleichheit? Antimuslimischer Rassismus im deutschen Bildungssystem	201
	<i>Veronika Knauer</i>	
14	Modelle von Taubsein und Gehörlosigkeit an der Grenze zwischen Selbstbehauptung und Fremdzuschreibung	223
	<i>Carmen Böhm, Uta Benner</i>	
15	Klinische Sozialarbeit und Soziale Ausschließung.....	239
	<i>Carmen Böhm</i>	
	Autorinnen und Autoren.....	257



Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung – Eine Einleitung

Barbara Thiessen, Clemens Dannenbeck, Mechthild Wolff

Sozialer Wandel und die Folgen seines beschleunigten Vollzugs können als Grunddisposition moderner Gesellschaften gesehen werden (Rosa 2013). Ökonomische Bedingungen, materielle Verhältnisse, sozialstrukturelle Ordnungen und Wertorientierungen haben sich in den letzten 200 Jahren häufig verändert (Giddens 1995; Weymann 1998). Die Wandlungsfähigkeit der Moderne kann geradezu als ihr Stabilitätsfaktor angesehen werden. Dabei vollziehen sich die Prozesse des Sozialen Wandels im Spätkapitalismus nicht fortschrittslogisch widerspruchsfrei, sondern vielfältig gebrochen. Soziale Verwerfungen, geschlechtliche Ungleichheitslagen und Exklusionsmechanismen, führen dann ihrerseits zu Anlässen von Veränderungsprozessen (Rucht 1994). Als höchst bedeutsam für die Dynamik sozialstruktureller Ordnungen haben sich ökonomische Wandlungsprozesse erwiesen (Heinze 2006). Gegenwärtig zeigen sich bedeutende soziale Veränderungen, die eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung für die Gestaltung von Ökonomie, Technik, Ökologie, Digitalisierung und sozialem Zusammenleben darstellen. Hintergrund ist der sozio-ökonomische Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, der bereits in den 1970er Jahren eingesetzt hat. Die Krise der fordistisch-keynesianischen Gesellschaftsformation ist gekennzeichnet durch die Globalisierung von Märkten und Kapital sowie verstärkte Wanderungsbewegungen. Sie ist markiert durch Wissensexplosion und -verfall gleichermaßen und eine damit einhergehenden Bedeutungssteigerung von Bildung und lebenslangem Lernen. Hinzu kommen beschleunigte und neu vernetzte Kommunikationskulturen (Hradil 2015; Ostner/Marten/Neyer 2012; Treptow 2012; Olk 2009). Inzwischen wurde auch deutlich, dass das Ende der Ost-West-Konfrontation nicht zum Ende der Geschichte beigetragen hat, aber sehr wohl zu einer Erschütterung der großen Erzählungen – erst des realexistierenden Sozialismus, dann auch des neoliberalen Finanzkapitalismus. Vor diesem Hintergrund erfahren z.B. auch marxistische gesellschaftstheoretische Perspektiven, Kritische Theorien etc. wieder eine Relektüre (Butollo/Nachtwey 2018; Lagasnerie 2018).

Die sozialen Folgen zeigen sich in einem demografischen Wandel, der in Deutschland durch eine (anhaltend) niedrige Geburtenrate sowie (deutlich) längere Lebenszeiten gekennzeichnet ist. Diese Expansion der Lebensspanne wirft nicht nur neue Fragen bezüglich einem „gesunden Altern“ auf, sondern betrifft

Fragen der Lebensqualität in allen Lebensphasen. Die Entgrenzung und Flexibilisierung von Arbeitsprozessen führt auf individueller und zunehmend auf organisatorischer und gesellschaftlicher Ebene dazu, dass Erziehungsziele und -praxen, Beziehungsmuster sowie individuelle Gesundheit und Psychohygiene neu definiert werden müssen. Eine weitere gravierende Folge betrifft die zunehmende soziale Disparität, die mit einem Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen einhergeht und zu Krisenerscheinungen der Demokratie führt (Nachtwey 2016). Die veränderten beruflichen Anforderungen bedeuten auch erhebliche Veränderungen in der Gestaltung familialer Fürsorgebeziehungen, die als ein Durchlässigwerden der Grenzen zwischen Erwerb und Familie, Privatem und Öffentlichem, Arbeitszeit, Fürsorgezeiten und Freizeit beschrieben werden können: Familien haben im Kontext der späten Moderne ihre Gestalt, ihren typischen Verlauf sowie ihr Innenleben erheblich verändert. (Jurczyk/Lange/Thiessen 2014). Ebenso wurden im Bereich der Erwerbsarbeit Entwicklungs- und Produktionsabläufe den neuen Anforderungen von Dienstleistungs- und Wissensökonomien folgend verändert: Gefragt sind heute Teamfähigkeit, Kreativität und Eigeninitiative sowie die Anwendung wissenschaftlichen Wissens in diversifizierten Belegschaften.

Vor dem Hintergrund deutlich veränderter Geschlechtsrollenmuster, die sich vor allem bei Frauen seit den 1970er Jahren zeigen und sich in Westdeutschland durch eine verstärkte Bildungs- und Erwerbsorientierung auszeichnen, stellt sich zunehmend die Frage der Verteilung familialer und generationaler Fürsorge neu. Die Entkopplung weiblicher Lebensläufe von Care-Arbeit stellt eine historische Befreiung dar. Das heißt aber auch: Care bzw. die Sorge um Andere macht sich nicht (mehr) ‚von allein‘, d.h. nicht mehr als weiblicher „Liebes-Dienst“, der im unsichtbaren Privaten der Familie vorausgesetzt werden kann (Thiessen 2017). Zu beobachten ist eine neue Kommodifizierung von Care im privaten und verberuflichten Spektrum (Aulenbacher/Dammayr 2014).

Kurz gefasst: Die Auswirkungen der beschleunigten Modernisierungsprozesse eröffnen ebenso Befreiungspotenziale wie problematische Entwicklungen. Dies zeigt sich beispielsweise in neuen Formationen von Exklusion und Dequalifizierung sowie in einer zunehmenden Gefährdung der psychischen und physischen Gesundheit.

Der Zusammenhalt postfordistischer Gesellschaften bedarf daher einer neuen Orientierung an sozialer Gerechtigkeit und stellt zugleich spezifische Anforderungen an die Soziale Arbeit. Hierzu sind profunde Analysen zu Ausschlussprozessen und Wiederaneignung von Handlungsfähigkeiten gleichermaßen notwendig. Sie sind in der Schnittmenge sozial- und politikwissenschaftlicher, pädagogischer, psychologischer, rechtlicher sowie gesundheits- und kulturwissenschaftlicher Zugänge anzusiedeln. Dabei braucht die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit den postmodernen Unübersichtlichkeiten eine Ausrichtung an inklusiven und ermächtigenden Prinzipien sozialer Kohärenz.

Zugleich sind gouvernementale Praktiken, die an neoliberale Vorstellungen der Selbstoptimierung anknüpfen, ebenso (selbst)kritisch zu untersuchen, wie Potenziale neuer Selbstbestimmungsperspektiven auszuloten. Hier zeigen sich etwa im Gesundheitsbereich neue, individualisierende Anforderungen im Hinblick auf präventives Gesundheitsverhalten, Beratung und Intervention, aber auch Big Data und soziale Kontrollfunktionen.

Die zentrale Zukunftsfrage stellt sich daher nach sozialem Zusammenhalt. Im Begriff der „social cohesion“ wird an einen Grundbestandteil des europäischen Sozialmodells angeschlossen, der seit 2000 als die zentrale europäische Strategie der Wohlfahrtsstaats- und Sozialpolitik gilt (Council of the European Union 2010).

Das Institut Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung an der Hochschule Landshut hat sich bereits 2015 in einem Workshop mit der Fragestellung befasst, welche Herausforderungen sich gegenwärtig durch Prozesse sozialen Wandels in unterschiedlichen Forschungs- und Entwicklungsfeldern zeigen. Ausgangspunkt der gemeinsamen Diskussionen stellt das Spannungsfeld zwischen gegenwärtigen konzeptionellen, normativen, ggf. auch gesetzlichen Veränderungen dar, die zentrale Felder Sozialer Arbeit und Gesundheit betreffen (wie etwa die UN-Behinderertenrechtskonvention, Neuregelungen im Kinderschutz, Präventionskonzepte im Feld sexueller Gewalt, Gender Mainstreaming in Institutionen, Gleichstellung von privaten Lebensformen) und deren Aus- und Nebenwirkungen, veränderten Intentionen im institutionellen Umsetzungsprozess, unterschiedlichen Folgen je nach Milieu, Herkunft, Status, Geschlecht. Gefragt wird nach übergreifenden sozialpolitischen Prozessen und Veränderungsdynamiken vor dem Hintergrund postfordistischer Gesellschaften und neoliberaler Globalisierungsprozesse. Kurz: Was folgt aus veränderten, ‚verbesserten‘ normativen Vorgaben in ausgewählten Feldern Sozialer Arbeit und Gesundheit? Welche Verbindung wird zu weiteren gesellschaftlichen Feldern und Veränderungsprozessen gezogen? Welche Aus- und Nebenwirkungen zeigen sich je nach Praxisfeld auf Klientel, Betroffene sowie Situiierung der Profession Sozialer Arbeit?

In der vorliegenden Publikation, die zugleich den ersten Band der Institutsreihe darstellt, stellen Institutsangehörige sowie Kooperationspartner_innen und Gäste ihre Bezüge zu sozialem Wandel und Kohäsion vor dem Hintergrund ihrer Forschung her.

Im ersten Teil mit der Überschrift „*Grundlegenden Perspektiven im Kontext von Sozialem Wandel und Kohäsion*“ macht *Clarissa Rudolph* den Aufschlag. Ihren grundlegenden Überlegungen gibt sie die Überschrift: *Ambivalenter Wandel in ambivalenten (Krisen)Zeiten*. Ihr Ausgangspunkt, dass Wandlungsprozesse schon immer die Menschheitsgeschichte begleiten, kann angesichts der aktuellen Debatte um einheitliche „völkische“ Kulturen nicht prominenter platziert sein. Ihren Schwerpunkt legt Rudolph jedoch auf die beispielhafte Analyse einzelner

Transformationsprozesse und Politikfelder, in denen sich ambivalente Wirkungen von Veränderungsdynamiken zeigen. Vorangestellt wird eine knappe Skizzierung relevanter Krisen- und Gerechtigkeitsdiskurse. Genauer untersucht sie im Anschluss zwei für Soziale Arbeit überaus bedeutsame Handlungsfelder und deren ambivalente Wandlungsprozesse, nämlich erstens die Bereiche Arbeit, Existenzsicherung, Bildung und zweites Geschlechterverhältnisse. Abschließend plädiert sie für einen normativen Orientierungsrahmen, bei dem ein sozialer Ausgleich innerhalb der Gesellschaft entwickelt wird, der gleichermaßen individuelle Freiheit eröffnet als auch eine solidarische Gesellschaft rahmt.

Noch bevor 2015 der Anstieg der Flüchtlingsmigration einsetzte, publizierte *Ludger Pries* einen Aufsatz zu *Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland – Folgen für die Diskussion sozialer Ungleichheit und gerechter Migration*. Bedeutsam ist, dass sein Ausgangspunkt, nämlich die historische Weigerung in Deutschland, die steten Migrationsbewegungen als wesentliche Realität zu Kenntnis und zum Ausgangspunkt angemessener politischer Gestaltung zu nehmen, bis heute (fast ist zu sagen: zunehmend) wirksam ist, obgleich sich Deutschland seit Beginn der Dekade 2010 selbst als modernes Einwanderungsland bezeichnet. Mit diesem Wandel sind vielfältige alte und neue Fragen verbunden. Inwiefern darf bzw. sollte Migrationspolitik durch nationale Egoismen und eine instrumentelle Haltung gegenüber den Migrierenden bestimmt sein? Inwieweit sollte Migrationspolitik auch oder vor allem durch Aspekte der globalen sozialen Ungleichheitsverhältnisse und der sozialen Gerechtigkeit bestimmt werden? Die Antworten, die *Ludger Pries* bereits 2015 skizziert hat, sind nach wie vor aktuell und bedeutsam.

Jan Keller von der Universität in Ostrava, Tschechien, formuliert in seinem Beitrag wesentliche aktuelle *Herausforderungen und Risiken für Soziale Arbeit*. Der Fokus seiner Ausführungen richtet sich auf unterschiedliche Trends, mit denen Soziale Arbeit als ein Bereich im Dienstleistungssektor konfrontiert ist und damit den gleichen Deformationen ausgesetzt wird, von denen in der heutigen Phase der Modernität die Sphäre der Dienstleistungen als Ganze betroffen ist. Zur Analyse rekurriert er auf die Arbeiten von *Luc Boltanski* und *Laurent Thévenot*. Daraus gewinnt er eine Typologie für verschiedene Bedeutungen des Begriffs Dienstleistung und Soziale Arbeit.

Unter dem Titel *Sozialpolitische Dimensionen von sozialem Wandel und Kohäsion* befasst sich *Ute Fischer* mit Sozialpolitik als einem Instrument moderner Governance zur Flankierung gesellschaftlicher Veränderungen im Kontext sozialer Wandlungsprozesse. Wie gut die gegenwärtige Sozialpolitik diese Aufgabe meistert, wird von *Fischer* untersucht. Dazu skizziert sie jene Aspekte des sozialen Wandels, die eine sozialpolitische Herausforderung darstellen und zeigt normative Rahmungen auf, woran sich eine den Wandlungsdynamiken angemessene Sozialpolitik erkennen und messen lässt. Hierzu entwickelt sie ein

aufschlussreiches Kohärenzmodell. Exemplarisch diskutiert sie am novellierten Sozialgesetzbuch II, welchen Charakter die gegenwärtige sozialpolitische Ausrichtung besitzt. Mit dem Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens lotet sie dessen kohärenzstiftende Potenziale als sozialpolitische Alternative aus.

Den letzten Beitrag in diesem ersten Teil bestreitet *Barbara Thiessen* mit der Analyse von *Geschlechterverhältnissen im sozialen Wandel* und fokussiert dabei die *Bedeutung von Care-Theorien für Soziale Arbeit*. Leitend ist ihr dabei die These, dass Soziale Arbeit als „Gedächtnis sozialer Konflikte“ erhebliches Potenzial für die Analyse und Bewältigung aktueller carebezogener Krisendynamiken birgt. Im Kern untersucht sie daher das Verhältnis von Gender und Caren und verknüpft damit die Frage, wie Care in Ökonomie und Gesellschaft eingebunden ist und welche Bedeutung caretheoretische Ansätze in der Sozialen Arbeit als einem wesentlichen Handlungsfeld moderner Bildungs- und Wohlfahrtsstaaten zukommt. Mit Rückgriff auf die Care-Debatte in der Genderforschung und vor dem Hintergrund einer kursorischen Spurensuche in den Denktraditionen der europäischen Geistesgeschichte, der kritischen Theorie und ausgewählten Theorien Sozialer Arbeit, identifiziert Thiessen theoretische Lücken und praktische Handlungspotenziale. Sie plädiert für eine reflektierte „Fürsorgerrationalität“ und für den professionsbezogenen Umgang mit sozialen Problemen und Bildungs Herausforderungen.

Im zweiten Teil des Bandes mit der Überschrift „*Eins vor, zwei zurück*“ - *Wirkungen und Nebenwirkungen im institutionellen Kinder- und Jugendschutz*“ werden einige Diskurse aufgegriffen, die angesichts der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche neu geführt werden. Es geht hier vor allem um die Frage, wie Organisationen der Erziehung und Bildung mit der Problematik von Gewalt in Familien, in der Peergroup, in den Medien, aber auch in den professionellen Organisationen selbst, umgehen können oder sollen. In den Beiträgen wird deutlich, dass die Themen Gewalt und Sexualität gesellschaftlich seit jeher hart umkämpft sind, zumal im Diskurs darüber immer auch grundlegende Machtstrukturen, Vorstellungen von Normalität und Abweichung, von Rollenzuschreibungen sowie Konzepte für das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft mit verhandelt werden. Wie offen, tolerant, sensibilisiert und selbstkritisch Menschen in professionellen Organisationen mit den Themen Gewalt, Sexualität und Macht umgehen, kann darum auch als ein Seismograph für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gesehen werden. Hierbei zeigen sich jedoch neben Fortschritten auch Paradoxien und Widersprüchlichkeiten.

Elisabeth Tuijer analysiert in ihrem Beitrag „*Diskursive Schauplätze Geschlecht und Sexualität – Zur Normalisierung von Gewalt*“ die beispiellose mediale Hetzkampagne, die auf die Veröffentlichung des Buches „Sexualpädagogik der Vielfalt: Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Prävention für

Schule und Jugendarbeit“ folgte, welches sie im Jahr 2012 bei Beltz Juventa mit-herausgegeben hat. Sie zeigt auf, dass es in den letzten Jahrzehnten wichtige sexuelle Liberalisierungstendenzen im Hinblick auf die medizinisch-psychiatrisierende Sicht auf sexuelle ‚Perversionen‘, die Gleichstellung und Anti-Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und sexuelle Identitäten gab. Im Sinne einer „widersprüchlichen Gleichzeitigkeit“ entlarvt sie akribisch, was Gegenstand der medialen Kampagne war, die auf die didaktischen Vorschläge für schulische Sexualerziehung in dem Buch folgte. Die Kommentator_innen, die sich auf den Plan riefen, einte ihr gemeinsamer vehementer Hass, Sexismus, Rassismus und Nationalismus. Deren Versuch Sexualität und Geschlecht wieder neu zu moralisieren und zu einer Regulierung und Normierung des Sexuellen beizutragen, versteht sie als „roll back“. Zugleich rahmt Tuider diesen Versuch, Judith Butler folgend, als gesellschaftliches Band, das hier fatalerweise durch Gewalt gestiftet wird und in der Folge sogar letztlich wieder in Angst mündet.

Anja Henningsen befasst sich in dem Beitrag „*Sexualpädagogik als Beitrag zum grenzwahrenden Umgang mit Kindern und Jugendlichen*“ mit einer nötigen Neupositionierung von sexualpädagogischer Arbeit in Organisationen der Erziehung und Bildung. Sie zeichnet nach, dass sich die jüngsten Angriffe auf die Professionalität der Sexualpädagogik (siehe Beitrag *Tuider*) als ein überdauerndes Thema darstellen. Es zeigt sich hier, wie Sexualität in den Schlepptau politischer Mächte genommen und zum gesellschaftlichen Steuerungsinstrument wird. Henningsen spricht im foucaultschen Sinne von „Sexualität als Bio-Macht“, also als Mittel der Kontrolle oder Befreiung. Hier zeigt sich zudem, wie Lust und Reproduktion politisiert werden. Angesichts dieser Bedeutung bedarf es einer gut aufgestellten Sexualpädagogik. Jedoch nimmt *Henningsen* bei Sexualpädagog_innen aktuell eine mangelnde öffentliche Anerkennung bzw. gar Feindseligkeit wahr und zudem muss sich Sexualpädagogik politisch legitimieren, weil Sexualerziehung von einigen Akteur_innen nicht als staatliche Aufgabe gesehen wird, sondern in die Zuständigkeit von Eltern zurückgeführt werden soll. Henningsen beschreibt Irritationen unter Eltern und pädagogischen Fachkräften, weil diese sich beunruhigt fragen, ob Sexualität überhaupt ein pädagogisches Thema sein sollte.

Neben diesen Irritationen ist Sexualpädagogik vor dem Hintergrund von sexuellen Missbrauchsfällen in professionellen Organisationen und Forderungen nicht einfacher geworden. Kommen repressive Schutzvorstellungen hinzu, die bis zum kategorischen Verboten von Körperkontakt reichen, ist auch hier eine Neujustierung, also eine Sexualpädagogik in einer grenzwahrenden Ausrichtung, gefragt.

Henningsen tritt letztlich für einen fachlichen Zusammenhalt und eine stärkere Verschränkung von Schutzkonzepten und sexualpädagogischen Konzepten ein. Sie zeigt auf, dass Sexualität nicht zum Störfaktor in Organisationen der Er-

ziehung und Bildung und auch nicht zum Privatthema reduziert werden darf. Vielmehr ist mit Sexualität ein Bildungsauftrag verbunden, wobei Bildungsangebote zum Thema Sexualität an den Bedürfnissen von Jugendlicher ausgerichtet werden sollten. Dies erfordert zunächst die Selbstreflexion Professioneller, zumal Professionelle immer auf die eigene sexuelle Orientierung, das geschlechtliche Selbstverständnis und auf Rollenvorstellungen sowie im weitesten Sinne auf Ansichten von Lebens- und Familienplanung zurückgeworfen werden.

Mechthild Wolff argumentiert im abschließenden Beitrag „*Kindeswohlgefährdung und der Verlust sozialer Kohäsion – Zur Notwendigkeit proaktiver Prävention durch Schutzkonzepte in Organisationen Sozialer Arbeit*“ mit Rückgriff auf Fallskizzen und auf die ACE-Studie von Vincent J. Felitti (2007), dass jegliche Form von Gewalt – immer gedacht als Machtmissbrauch – dazu führen kann, dass diese lebenslang gesundheitliche (Teilhabe-)Beeinträchtigungen erfahren müssen und darum abgehängt werden können von sozialer Kohäsion. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die weltweit hohen Prävalenzraten von sexuellem Missbrauch und die kürzlich vorgenommene Einstufung des Phänomens als Epidemie durch die World Health Organization (WHO).

Lebenslange bio-psychosoziale Folgen bestehen im Verlust von Wohlergehen, aber auch in der Verdrängung der Menschen an die sozialen Ränder der Gesellschaft oder in Organisationen Sozialer Arbeit jeden Lebensalters. Hinzu kommen gesellschaftliche Folgen, die *Wolff* hier am Beispiel der Traumafolgekostenstudie (2012) anspricht. Daraus schlussfolgend zeigt sie auf, dass professionelle Organisationen der Hilfe und Unterstützung, Behandlung, Therapie und Freizeit lange Zeit nicht die Notwendigkeit gesehen haben, frühkindliche Traumatisierungen früh zu erkennen, um die lebenslangen Risiken zu minimieren. Daraus ergibt sich für *Wolff* die Notwendigkeit von proaktiven Strategien der Früherkennung in Form von Schutzkonzepten oder besser: Schutzprozessen. Passgenaue Präventionsmaßnahmen sollen in Organisationen helfen die Discloser-Bereitschaft zu fördern, also dazu motivieren, dass sich Menschen schneller anvertrauen, so dass Hilfe früh einsetzen kann. Schutzkonzepte sollen auch zur Stärkung von Achtsamkeit für „schwache Signale“ beitragen. *Wolff* verweist in ihrem Fazit auf die Notwendigkeit eines fehlerfreundlichen Selbstverständnisses Sozialer Arbeit, eine machtreflektierte Beziehungsgestaltung zwischen Adressat_innen und Professionellen sowie ein Curriculum, das die Schattenseiten professioneller Organisationen thematisiert.

Der 3. Teil des Bandes trägt die Überschrift „Inklusion und Diversity zwischen Vision und Wirklichkeit“. Er ist geleitet von der Einsicht, dass die gesellschaftspolitische nicht weniger als die pädagogische Debatte um Inklusionsorientierung im Kontext der Anwendung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-BRK) spürbar in die Defensive geraten ist. Bei-

nahe 10 Jahre nach Ratifizierung der UN-BRK steht die sich auf den menschenrechtlichen Begründungszusammenhang der UN-BRK berufende Forderung nach einer ‚inklusive(r)‘ auszurichtenden Gesellschaft nicht nur aufgrund der Wirksamkeit von Finanzierungsvorbehalten unter Beschuss, sondern auch angesichts der allenthalben erkennbaren Entsolidarisierungstendenzen, die in letzter Konsequenz zu einer unübersehbaren Krise der Demokratie geführt haben. Statt ‚Inklusion einfach (zu) machen‘ (so das Motto des *Bundesministeriums für Arbeit und Soziales* zur Umsetzung der UN-BRK), formieren sich identitätspolitische Interessen in den sozialen Konflikten der Abstiegsgesellschaft sowohl aus der Mitte als auch an den Rändern der Gesellschaft (Nachtwey 2016). Statt einer gesellschaftspolitischen Leitlinie, die sich an der Gewährleistung sozialer Teilhabe für alle orientiert, stehen Grenzziehungen und -sicherungen nach innen und außen im Zentrum politischen Gestaltungswillens. Ob die Einladung zur ‚Inklusion‘ also mehr noch ist, als ein verbalakrobatischer Etikettenschwindel realpolitischer Symbolpolitik, von dem etwa Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen nur dann profitieren, wenn ihre generös entdeckten Ressourcen sich als ökonomisch verwertbar beweisen, steht in Frage. Becker (2015) bringt dies auf den Punkt: Als könnten wir „von intakten ‚Innenräumen‘ sprechen, in die nun alle einzuladen sind. Diese gesellschaftlichen ‚Innenräume‘ sind allerdings alles andere als gastlich. Sie sind, nehmen Sie nur den Arbeitsmarkt, sogar ausgesprochen brutal, konkurrenz- und leistungszentriert. Viele Menschen haben in diesem Raum bereits ihre ‚Aufenthaltslizenz‘ eingebüßt oder halten den dort vorfindlichen Bedingungen kaum mehr Stand. Es müsste daher auch und vor allem darum gehen, diese Ausgrenzungsdynamik einmal wirklich und ehrlich zu bilanzieren und ihre Ursachen zu beseitigen“ (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=27514>).

Auch im (sozial)pädagogischen Diskurskontext hat sich der Wind gedreht. Hieß es in der Anfangszeit nach Ratifizierung der UN-BRK beispielsweise noch, von dieser seien Impulse für eine strukturelle Veränderung des Bildungssystems in Deutschland abzuleiten, „gegen die die Verkürzung des Gymnasiums (G8) eine pädagogische Petitesse ist“ (Spiewak 2012), scheint es nun längst Anderes und –wichtigeres zu geben, als die Forderung nach gleichwürdiger und –berechtigter Teilhabe aller an Bildung, zur grundlegenden Frage von Bildungsgerechtigkeit zu machen. Digitalisierung lautet mittlerweile das konsensfähige bildungspolitische Ziel, die Überwindung des Kreidezeitalters in der Grundschule gilt als vordringlichste Aufgabe zur Herstellung eines zukunfts- und global konkurrenzfähigen Bildungssystems. Vision und Wirklichkeit in einer sich als inklusionsorientiert begreifenden Gesellschaft klaffen mehr den je auseinander, misst man deren Zustand am Maßstab der UN-BRK.

Gunda Voigts befasst sich aus der Perspektive der Kinder- und Jugendarbeit mit dem Spannungsverhältnis von Inklusion zwischen Vision und Wirklichkeit. Die Kinder- und Jugendarbeit firmiert dabei als ein gesetzlich definierter Ort, an

dem junge Menschen zugleich gesellschaftliche Integration erleben sollen als auch politische Bildung in Bezug auf verantwortete Partizipation erfahren. Es stellt sich also die Frage, welchen Beitrag die Kinder- und Jugendarbeit in theoretischer Ausrichtung und praktischer Umsetzung in ihrer Funktion, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen, leisten kann und vor welche Herausforderungen strukturorganisatorisch, handlungspraktisch und disziplinar sie sich gestellt sieht, angesichts der Aufgabe, die UN-BRK zur Anwendung gelangen zu lassen. Der Beitrag wirft zunächst einen Blick zurück auf das, was bisher geschah und unterzieht dann die ausgelösten fachpolitischen und konzeptionellen Debatten einer Überprüfung hinsichtlich ihrer praxisverändernden Wirkung und fragt danach, welchem Inklusionsverständnis sich die beobachtbaren Tendenzen letztlich verdanken.

Eine wenig optimistisch gestimmte Zwischenbilanz der im Namen von Inklusion in den letzten Jahren erfolgten (bildungs)politischen Entscheidungen und Aktivitäten zieht *Clemens Dannenbeck*. Er macht dabei weniger Elemente eines Sozialen Wandels als vielmehr Anzeichen eines Diskurswandels aus, der jedoch mindestens zur Aushöhlung des Sinn- und Kernbestands der UN-BRK geführt hat, möglicherweise aber auch den Boden bereitet hat, für neue, unreflektierte und zunehmend kritikresistente Grenzziehungen systematischer Aus- und Einschlüsse. Notwendig wäre hingegen nicht nur eine Kritik des herrschenden Inklusionsdiskurses, sondern eine kritische Wendung des Inklusionsverständnisses selbst, das sich verabschiedet von einem „Mehr an Integration soweit es finanziell machbar erscheint“ und stattdessen erkennt, dass menschenrechtlich begründete Teilhabe im Sinne der UN-BRK die gesellschaftstheoretische Frage nach der Praxis der Grenzziehungen zwischen Normalität und Abweichung, zwischen dem Recht, Rechte zu haben und als illegitim zu gelten, zwischen Solidaritätswürdigkeit und Subalternität stellen. Die ‚Inklusionslüge‘ (Becker 2015) entfaltet ihre Wirkkraft unter dem Banner eines vorgeblichen gesellschaftlichen Zusammenhalts, das jede Form der Kritik, die sich nicht populistisch ausbuchstabieren lässt, diskreditiert. „Diese Rhetorik ist nichts anderes als eine Weise – durch eine Art magische Beschwörung, deren Zauberformel, die zu jeder Gelegenheit und in jedem Register rezitiert wird, in der Rede vom ‚Band‘, von der ‚Gemeinschaft‘ und vom ‚Gemeinsamen‘ -, die Herrschaft, die Unterdrückung und die Ausbeutung (in ihrem mehrdimensionalen Charakter) zu verneinen. Ein Versuch, die aufbegehrenden und kämpfenden Bewegungen zu beenden, sie einzuspannen, damit sie die Welt so akzeptieren, wie sie ist und sich mit dem Platz begnügen, den sie in ihr einnehmen, und mit dem Status, der ihnen in ihr zugewiesen wird“ (Eribon 2018, S. 62). Inklusion mag zwar im Kopf beginnen, ist im Kern aber nicht auf guten Willen und wertschätzende Haltung zu reduzieren, sondern auf einen unhintergehbaren Impuls zur gesellschaftstheoretisch fundierten

Kritik an den herrschenden Verhältnissen, die Mechanismen des Aus- und Ein-schlusses etablieren und exekutieren.

Der Beitrag von *Nivedita Prasad* fokussiert den Blick wieder auf die Profession Soziale Arbeit, lässt aber zugleich deutlich werden, dass sich aus dem Selbstverständnis einer Menschenrechtsprofession in der Arbeit mit Geflüchteten Herausforderungen ergeben, die ohne eine (selbst)kritische Reflexion, die die gesellschaftliche Rolle der Profession im politisch durchdrungenen Diskurs- und Handlungsfeld hinterfragt, nicht zu realisieren ist. „Daher ist ein klares Mandatsverständnis in diesem Feld der Sozialen Arbeit eminent wichtig, um Soziale Arbeit im professionellen Sinne auszuüben“ (S. 181). Nivedita Prasad unterscheidet in ihrem Beitrag Menschenrechte als Analyseinstrument, auch und gerade für die Situation von Geflüchteten in Deutschland von Menschenrechten als Referenzrahmen im Umgang mit mandatswidrigen Forderungen und Handlungen. Anhand der Schilderungen praktischer Beispiele werden dabei die drei Mandate der Sozialen Arbeit in ihrem spannungsreichen Wechselverhältnis zueinander diskutiert. Die Erfahrungen in der Arbeit mit Geflüchteten lassen die Wahrnehmung eines Politischen Mandats in der sozialen Arbeit als unverzichtbar erscheinen, wohingegen Nivedita Prasad vor allem ein Schweigen der Profession wahrnimmt. Der Beitrag schließt mit methodischen Vorschlägen für die Realisierung eines Politischen Mandats als Basis einer menschenrechtsbasierten Sozialen Arbeit mit Geflüchteten.

2017 wurden über 1.000 Übergriffe auf Muslime und islamische Einrichtungen registriert (Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Fraktion die Linke), die Dunkelziffern nicht berücksichtigt. Entsprechende Vorfälle wurden 2017 erstmals als eigener Straftatbestand auch statistisch erfasst. Im Unterschied beispielsweise zu antisemitischen Straftaten hält sich hingegen die öffentliche Empörung in diesem Fall in Grenzen.

Antimuslimischer Rassismus bildet so gesehen die Form von Rassismus in Deutschland, der am meisten Toleranz entgegengebracht wird. *Veronika Knauer* analysiert vor dem Hintergrund eines Forschungsprojekts zur politischen Bildung antimuslimischen Rassismus im deutschen Bildungssystem. Ausgehend von gesellschaftlichen Diskursen über Muslime wird die Bedeutung kulturalistischer Stereotype und rassistischer Einstellungsmuster und Verhaltensweisen untersucht. Diese werden kontrastiert mit dem empirischen Kenntnisstand zu Phänomenen der Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dabei geraten individualisierende und defizitorientierte Erklärungsansätze in die Kritik und es wird nach der Rolle und Funktion von Schule selbst bei der Reproduktion von Benachteiligung, Diskriminierung und rassistischer Anrufung von Muslimen gefragt. Es geht um einen Erklärungs- und Wirkungszusammenhang zwischen gesellschaftlich erzeugten rassistischen Wissensbeständen und

deren Bedeutung im und für den schulischen Alltag, der auch als Erfahrungsraum von antimuslimischen Rassismus analysiert wird.

Carmen Böhm und *Uta Benner* beschreiben sozio-historisch erzeugte Konstrukte von Taubsein und Gehörlosigkeit zwischen Selbstbehauptung und Fremdzuschreibung, die zugleich eine Schnittstelle zwischen Deaf Studies und Disability Studies bilden. Während in den Deaf-Studies ein kulturelles Modell von Taubheit dominiert, das gegen eine ableistische Dominanzgesellschaft in Stellung gebracht wird und als politisches Projekt auf die kulturelle Eigenständigkeit und den Anspruch auf Wertschätzung und Anerkennung als gesellschaftliche Minderheit in einer kulturell heterogenen Gesellschaft pocht, positionieren sich Teile der Disability Studies noch stärker im Kontext eines sozialen Modells von Behinderung. Das kulturelle Modell von Taubheit, wie es sich im Entwurf einer Deaf Community manifestiert, wirft neben seiner dominanzkritischen Funktion auch Fragen der Identifikation, Grenzziehung und legitimierten Zugehörigkeit auf, was sich beispielsweise an der Selbst- und Fremdpositionierung von Früh- und Spätertaubten zeigen lässt. Die Autorinnen schlagen vor, sich an einem menschenrechtlichen Modell von Behinderung zu orientieren, um „derzeitige bewegungspolitische Standpunkte und Zielsetzungen kritisch zu hinterfragen und damit ‚identitärem Stillstand‘ vorzubeugen“ (S. 235).

Abschließend nimmt *Carmen Böhm* die Klinische Sozialarbeit, als gegenüber generalistischer Sozialer Arbeit spezialisierte Form des professionellen Umgangs mit spezifischen Phänomenen sozialer Ausschließung in ihrem Beitrag zur Kohäsion kritisch in den Blick. Neben einer Professionsskizze Klinischer Sozialer Arbeit, wird ein Verständnis sozialer Ausschließung präzisiert, das gesellschafts- und ungleichheitstheoretische Anknüpfungspunkte betont sowie auf die Bereitschaft zur handlungspraktisch wirksamen professionellen Selbstreflexion und fachdisziplinären kritischen Hinterfragung der eigenen theoretischen Voraussetzungen anregen möchte. Dies erfolgt vornehmlich mit Blick auf den Gesundheitsbereich als einem der zentralen Handlungsfelder Klinischer Sozialer Arbeit. „Dabei hat Klinische Sozialarbeit die grundlegende Aufgabe mit generalistischer Sozialer Arbeit gemein, sich in Zeiten neoliberaler Selbstverantwortung der Individuen mit dem ambivalenten Potenzial ihres Auftrags ‚Hilfe zur (gesundheitlichen) Selbsthilfe‘ zu leisten auseinander zu setzen – soll sich das Spannungsfeld ‚Hilfe und Kontrolle‘ nicht zu Gunsten der ‚Hilfe zur (Selbst-)Kontrolle‘ auflösen“ (S. 254).

Die interdisziplinären Beiträge dieses Bandes zeigen: Die gegenwärtigen Wandlungsprozesse bedeuten für die Wissenschaft Soziale Arbeit und hier vor allem Gender Studies, Deaf Studies, Inklusionsforschung, aber auch Forschung zum Kinderschutz erhebliche Herausforderungen und bescheren vielfältigen Forschungsbedarf. Eindimensionale Antworten verkürzen die komplexen und gegenläufigen Dynamiken von sozialen Öffnungen und Schließungen, medialen

Auf- und Abwertungen, beruflichen Möglichkeiten und gleichzeitigen Prekarisierungen.

An der Herstellung dieses Sammelbandes hat eine Reihe von Menschen mitgewirkt, denen wir danken möchten. Zunächst richtet sich unser Dank an alle Autor_innen für ihre verbindliche und engagierte Mitarbeit, für ihre anregenden Beiträge und nicht zuletzt für ihre Geduld bis zur leider immer wieder verzögerten Drucklegung. Für die Unterstützung der Organisation im Institut Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung auch bei der Vorbereitung und Durchführung der internen Workshops danken wir Manuela Ziegler und Andrea Rübiger. Die Erstellung des Manuskripts verdanken wir Rebecca Petz und Annika Hudelmayer.

Literatur

- Aulenbacher, B.; Dammayr, M. (Hrsg.) (2014): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Butollo, F.; Nachtwey, O. (Hrsg.) (2018): Karl Marx. Kritik des Kapitalismus. Schriften zur Philosophie, Ökonomie, Politik und Soziologie. Berlin: Suhrkamp.
- European Council (2000): Presidency Conclusions. Lisbon European Council 23. and 24. March 2000. (<http://europa.eu.int/comm/dg1a/dwn/agenda2000/strong/strong-en.pdf>)(Council of the European Union 2010): social cohesion.
- Giddens, A. (1995): Politics, Sociology and Social Theory. Encounters with Classical and Contemporary Social Thought. Cambridge: Polity.
- Heinze, R. G. (2006): Wandel wider Willen : Deutschland auf der Suche nach neuer Prosperität, Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften.
- Hradil, S. (2015): Die wachsende soziale Ungleichheit in der Diskussion. Eine Einführung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft, Bonn: Bundeszentrale 2015, Schriftenreihe Band 1576, S. 10-29.
- Jurczyk, K.; Lange, A.; Thiessen, B. (Hrsg.) (2014): Doing family – Familienalltag heute: Warum Familienleben nicht mehr selbstverständlich ist. Weinheim und München: Beltz Juventa.
- Lagasnerie, G. (2018): Denken in einer schlechten Welt. Berlin: Matthes & Seitz.
- Nachtwey, O. (2016): Die Abstiegsgesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Olk, T. (2009): Staatsbürgerschaft und Sozialstaatsreform - Der Bürger als Anspruchsberechtigter Entrepreneur oder zivilgesellschaftlicher Aktivbürger? In: Der Pädagogische Blick. Zeitschrift für Wissenschaft und praxis in pädagogischen Berufen. 17. Jg., H. 2, S. 68-80.
- Ostner, I.; Marten, C.; Neyer, G. (2012): Neue Risiken, neue Politiken - Familienpolitischer Wandel in Deutschland, Österreich und der Schweiz. In: Bertram, H.; Bujard, M. (Hrsg): Soziale Welt, Sonderband 19: Zeit, Geld, Infrastruktur - zur Zukunft der Familienpolitik.. Baden-Baden: Nomos, S. 115-137.

-
- Rosa, H. (2013): Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit. Berlin: Suhrkamp.
- Rucht, D. (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/New York: Campus.
- Thiessen, B. (2017): „Entlastet von häuslichen Pflichten“ – ein trügerisches Emanzipation-ideal. In: Kursbuch 192 Frauen II, S. 62-78.
- Treptow, Rainer (2012): Wissen, Kultur, Bildung Beiträge zur Sozialen Arbeit und Kulturellen Bildung. Weinheim: Beltz/Juventa.
- Weymann, A. (1998): Sozialer Wandel. Theorien zur Dynamik der modernen Gesellschaft, Weinheim/München: Juventa.



Ambivalenter Wandel in ambivalenten (Krisen)Zeiten

Clarissa Rudolph

1 Einführung: Wandel ist immer

Aktuelle Debatten über Flüchtlingskrisen, kulturelle Verwerfungen, Abschottungen und Nationalisierungen zeichnen ein merkwürdiges Bild einer modernen Gesellschaft: Flüchtlinge werden als andere, fremde Menschen konstruiert, von denen eine Bedrohung ausgeht, die v.a. darin besteht, dass sich etwas verändert. Als ob die „deutsche Kultur“ und die „deutsche Nation“ nur einen einzigen Ursprung hätten, der immer gleich geblieben sei. Dabei ist das „deutsche Volk“ schon jeher aus Zuwanderung entstanden und haben sich „unsere Kultur“, die Werte und Spielregeln unseres Zusammenlebens stetig verändert. Wer wollte behaupten, dass ein Leben in Regensburg heute genauso verläuft wie vor 200 Jahren?¹ Und wie schrecklich wäre das, wenn sich unsere Gesellschaft nicht verändern würde, wenn wir nicht lern- und entwicklungsfähig wären.

Gleichwohl, und auch das zeigen uns die vielen politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen derzeit, ist Wandel nicht immer per se positiv. Kriege, die Zurückdrängung von Menschenrechten, die wiederholten Störfälle in Atomkraftwerken und auch die Flüchtlingsbewegungen weltweit weisen darauf hin, dass Wandel und Veränderung auch rückwärts gerichtet sein können und deshalb immer auch der normativen Orientierung und Bewertung bedürfen. Orientierungen bedürfen aber immer auch einer gesellschaftlichen Debatte und der Partizipation aller.

Seit der Jahrtausendwende etwa lassen sich in der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe von Transformationsprozessen beobachten, die von kritischen Sozialwissenschaftler_innen und Akteur_innen des Sozialen als problematisch und in ihren Wirkungen als ungerecht bezeichnet werden. „Die neoliberale Hegemonie, verstanden als öffentliche Meinungsführerschaft des Marktradikalismus, stellte in der Bundesrepublik allgemein verbindliche Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen auf den Kopf. Galt der soziale Ausgleich zwischen Klassen,

¹ Abgesehen davon, dass es auch vor 200 Jahren schon unterschiedliche Lebensentwürfe und -wege gab; unterschiedlich für Geschlechter, Schichten, Bildung etc.

Schichten und Individuen früher als Hauptziel jeder staatlichen Politik, so steht Siegertypen heute alles, ‚Leistungsunfähigen‘ bzw. ‚-unwilligen‘, die der Gemeinschaft zur Last fallen, hingegen nichts zu“ (Butterwegge 2014, S. 334). Wenngleich solche Aussagen zunächst einsichtig erscheinen, sind mir die Deutungen und Interpretationen mitunter zu schematisch. So wie (sozialer) Wandel nicht per se positiv oder negativ ist, so sind seine Folgen und Wirkungen ebenfalls nicht per se problematisch oder ungerecht. Vielmehr zeigen sich in den einzelnen Transformationsprozessen und Politikfeldern durchaus ambivalente Wirkungen, die ich im Folgenden beispielhaft nachzeichnen möchte. Nach einer knappen Skizzierung der Krisen(diskurse) werde ich deshalb anhand zweier Beispiele Veränderungsprozesse und die daraus resultierenden Ambivalenzen nachzeichnen. Ich schließe mit einem Blick auf einen möglichen Orientierungsrahmen für die Bewertung von Wandel.

2 Krisen- und Gerechtigkeitsdiskurse

„Die Moderne ist, gerade in ihrer kapitalistischen Formation, eine aus sich heraus krisenhafte Gesellschaft“, so fassen Appelt u.a. (2013, S. 7) die Analysen sozialwissenschaftlicher Autor_innen zusammen. „Krise war immer...“ formuliert Cornelia Klinger und bezieht dies auf die unzureichende gesellschaftliche Gestaltung von Lebensführung und -sorge, genauer gesagt darauf, dass *Lebenssorge* patriarchal, staatlich und ökonomisch vermachtet ist (vgl. Klinger 2013). Es lassen sich noch viele andere Krisen finden: Finanzmarktkrise, Krise der Demokratie, Parteienkrise, Krise der Männlichkeit, Flüchtlingskrise, Eurokrise etc. Krisen, so scheint es, sind wie sozialer Wandel Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklung bzw. gehen Krisen dem sozialen Wandel voraus. Derzeit allerdings, und dies wäre zu diskutieren, scheinen die Krisen eine Folge des Wandels zu sein, weil insbesondere im ökonomischen und sozialpolitischen Bereich so starke Verwerfungen entstanden sind, dass die Grundlagen der Gesellschaft ihre Stabilität verloren haben. Was als Krise verstanden wird, ist abhängig von dem Standpunkt, der Perspektive, mit der man auf die gesellschaftlichen Verhältnisse blickt (vgl. Appelt u.a 2013, S. 8). Daraus folgt aber auch, dass Krisen ambivalent sind: was den einen eine Krise, ist den anderen eine Befreiung. Nicht nur Wandel ist ambivalent, sondern auch Krisen sind es.

Mir geht es im Kontext dieses Beitrages vor allem um die Krise des Wohlfahrtsstaates und damit verbunden um die Krisen gesellschaftlicher Leitbilder, die dem Wohlfahrtsstaat zugrunde liegen und den daraus resultierenden Wirkungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Krise des deutschen (europäischen)

Wohlfahrtsstaates wurde in den 1980er/90er Jahren als ein Staats- und Steuerungsversagen diagnostiziert, das v.a. zu Arbeitslosigkeit und Inflation, zu einer Explosion staatlicher Transferleistungen bei gleichzeitig Unterfinanzierung des Sozialstaates, aber auch zu mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit angesichts zunehmender Globalisierungsprozesse führte (zur Skizzierung dieser Diskurse vgl. z.B. Dingeldey 2006; Lessenich 2008; Butterwegge 2014). Gerhard Schröder, Bundeskanzler der rot-grünen Bundesregierung von 1998-2005, formulierte die Herausforderung und Antwort auf die Krise in seiner Regierungserklärung zur Agenda 2010 dahingehend, dass es darum ginge „die Substanz des Sozialstaates zu erhalten. Deshalb brauchen wir durchgreifende Veränderungen“ (Schröder 2003). Das Credo dieser Veränderungen fasste Schröder so zusammen: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen“ (ebd.). Dieser politische Wandel wurde als Folge eines Sachzwanges inszeniert und als alternativlos präsentiert – Krisen, so wird suggeriert, kommen plötzlich und unerwartet und müssen dann genauso plötzlich (und unerwartet?) gelöst werden.

Durch die vermeintliche Dringlichkeit von Krise werden die Ansprüche an Lösungsangebote von vornherein reduziert: nur die wichtigsten Fragen müssen beantwortet, die dringlichsten Probleme gelöst werden. Dadurch war es im Kontext der Neujustierung der Sozialpolitik zu einer Renaissance einer Debatte über „soziale Gerechtigkeit“ bzw. über differenzierte Formen der Gerechtigkeit gekommen, als normative Rahmung und Zielformulierung von Sozialpolitik: Gleichheit und Gerechtigkeit wurden zu Chancengleichheit und Teilhabe. Während die Einen in der Liberalisierung von Sozialpolitik einen Angriff auf soziale Gerechtigkeit identifizierten, befanden andere, dass die bisherige Fixierung auf soziale Gleichheit zu einer „fürsorglichen Vernachlässigung“ der unteren Schichten geführt habe, wie es Paul Nolte formuliert (2004, in: Forst 2005, S. 24). Folglich hält er auch soziale Gerechtigkeit für verzichtbar, denn was hätte man von sozialer Gerechtigkeit, „wenn alle arm sind und unfrei obendrein?“ (Nolte 2010, in: Nullmeier 2010, S. 11). Nolte hält soziale Gerechtigkeit, weil sie als Verteilungsgerechtigkeit fungierte, für diskreditiert. Stattdessen plädiert er für „Freiheit – Wohlstand – Demokratie – nachhaltige Entwicklung in ökonomischer und ökologischer Hinsicht“; und wenn man dieser Ziele verfolge, dann wäre soziale Gerechtigkeit weitgehend obsolet (vgl. ebd.). Denn soziale Gerechtigkeit ist den neuen Spannungslinien von Ungleichheiten, z.B. denen zwischen den Generationen, zwischen den Geschlechtern oder auch zwischen Migrant_innen und „einheimischer Bevölkerung“ nicht angemessen, weil sie mit materieller Umverteilung nicht auszugleichen seien – vielmehr sei die „Förderung von Bildung, von sprachlicher und kultureller Teilhabe (...) Schlüssel der sozialen Integration.“ (Nolte 2005, S. 23). Diese Perspektive steht im Einklang mit einer Zuspitzung von Gleichheit auf Chancengleichheit

bzw. Chancengerechtigkeit, als Voraussetzung für Teilhabegerechtigkeit; ein Begriff, der derzeit Konjunktur hat und der für ein „wesentlich restriktiveres Sozialstaatsverständnis“ steht, da er sich als begriffliche Alternative zur Verteilungsgerechtigkeit durchgesetzt hat (vgl. Nullmeier 2010; s.u.). In diesem Sinne ist er anschlussfähig an eine Abkehr von ausgleichenden Verteilungswirkungen; und vor allem ist damit das Individuum als Gestalter_in des eigenen Lebens in den Mittelpunkt gerückt, das scheinbar jenseits von strukturellen Rahmenbedingungen für Herausbildung und Nutzbarmachung der *human resources* verantwortlich ist und das in einem Spannungsfeld von De- und Regulierung sowie Pluralisierungs- und Normierungsprozessen steht.

3 Wandlungsprozess I: Arbeit, Existenzsicherung, Bildung

In der Sozialpolitik gilt die Agenda 2010 bzw. die Etablierung des aktivierenden Sozialstaats seit Ende der 1990er Jahre als fundamentale Veränderung. In Abkehr vom versicherungsbasierten Sozialsystem Bismarckscher Prägung wurde mit dem SGB II eine bedürftigkeitsorientierte steuerfinanzierte Grundsicherung eingeführt, die allerdings nur unter der Bedingung ausbezahlt wird, dass der_die Antragstellende aktiv zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit beiträgt. Damit wird unter dem Motto des „Fordern und Fördern“ das Paradigma der Aktivierung umgesetzt: Die Bürgerinnen und Bürger sind selbstverantwortlich für ihre Lebenslagen und deshalb hilft ihnen nicht der Staat bei der Bewältigung von schwierigen Lebenslagen, sondern er hilft ihnen, sich selbst zu helfen. Was verändert sich dadurch und wie sind die Wirkungen zu bewerten?

Die soziale Sicherung in Deutschland ist seit jeher an Erwerbsarbeit gebunden. Das Versicherungssystem hatte als Adressaten die (männlichen) Erwerbstätigen; in der Höhe gekoppelt an ihren Lohn zahlten die Erwerbstätigen in die verschiedenen Versicherungen ein und erhielten bei Bedarf, also im Versicherungsfall (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter, Unfall), eine Lohnersatzleistung, die sich in der Höhe ebenfalls am Einkommen orientierte. Ziel war es, in schwierigen Lebensphasen vorübergehend eine Unterstützung zu leisten, um für den Arbeitnehmer und seine Familie den erreichten sozialen Status erhalten zu können. Damit waren Normierungs- und Normalisierungsprozesse inkludiert, die sich im Normalarbeitsverhältnis des männlichen Arbeitnehmers und der Normalbiografie seiner Ehefrau, die sich vordringlich um die Kinder und die Aufrechterhaltung des Haushalts kümmerte, ausdrückten. Mit der Implementierung des aktivierenden Sozialstaates haben sich sowohl das Normalarbeitsverhältnis pluralisiert als auch der Adressat_innenkreis erweitert: auch von Frauen wird ein Beitrag zur Existenzsicherung durch Erwerbstätigkeit erwartet; da sie weiterhin für die (Organisation

von) Care-Arbeit zuständig sind, erfolgt ihr Beitrag oftmals als Zuverdienerin in Teilzeit. Durch die Pluralisierung der Arbeitsverhältnisse insbesondere durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die Implementierung atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse kann das Versprechen der Arbeitsgesellschaft, dass nämlich Arbeit (d.h. Erwerbsarbeit) existenzsichernd ist, immer seltener eingehalten werden. Insbesondere die Verknüpfung der eingeschränkten Zumutbarkeitskriterien mit dem *Fordern und Fördern* hat zum Ausbau des Niedriglohnsektors beigetragen: Von 1995 bis 2013 ist der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten von 18,7 auf 24,4% aller Beschäftigten angestiegen (Kalina/Weinkopf 2015, S. 3)². Ein besonders hohes Risiko haben geringfügig Beschäftigte (Minijobber_innen), unter 25-Jährige, gering Qualifizierte sowie befristet Beschäftigte (ebd.); insgesamt 60% der im Niedriglohn Beschäftigten sind weiblich. Viele dieser prekär Beschäftigten erhalten zusätzlich Leistungen der Grundsicherung und unterliegen damit dem Aktivierungsregime. Und selbst mit dem Bezug der Transferleistungen liegen sie oftmals unterhalb der (relativen) Armutsschwelle. Das wachsende Segment ehrenamtlicher Unterstützungsarbeit wie die *Tafeln* oder *Kleiderkammern* sind Ausweis dieser Entwicklung. Weder Arbeit noch staatliche Transferleistungen schützen in jedem Fall vor Armut und auch die gesellschaftliche Teilhabe ist nicht mehr garantiert.

Obwohl Arbeit also nicht mehr für alle erreichbar ist und Arbeit zudem nicht vor Armut schützt, entfaltet die aktivierende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einen umfassenden normierenden Charakter, der Arbeit noch mehr in den Mittelpunkt gesellschaftliche Inklusion stellt. Während wir im Bereich der privaten Lebensverhältnisse von einer Pluralisierung der Lebensformen sprechen, steht im öffentlichen Bereich die Erwerbsarbeit im Fokus und zwar für alle Mitglieder der Gesellschaft. Ziel ist für alle die Teilhabe am Erwerbsarbeitsmarkt und zwar unter jeglichen Bedingungen. Unter dieses Ziel werden alle weiteren Bereiche des Lebens subsumiert: Bei Bildungsprozessen geht es nur noch um Ausbildung oder Qualifizierung, bei Auszeiten stellt sich die Frage, ob sie im beruflichen Lebenslauf darstellbar sind und auch private Lebensentscheidungen und Prozesse der Familiengründung werden daraufhin geprüft, ob sie die Chancen auf dem Arbeitsmarkt minimieren oder verbessern³. Entsprechend wurde auch die Sozialpolitik ausgerichtet: Die Jugendhilfe ist immer stärker auf die Bildungs- und Erwerbsintegration ausgerichtet, bei der Einführung des Elterngeldes geht es nicht um eine langfristige Vereinbarkeit von verschiedenen Lebensbereichen, sondern darum,

² Mit deutlichen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland: In Ostdeutschland betrug 2013 der Niedriglohnanteil 38,5%, in Westdeutschland 21,1% (ebd.).

³ Geschlechterpolitisch stellen sich diese Aspekte allerdings unterschiedlich dar: So haben Mädchen/Frauen zwar die besseren Schulabschlüsse, aber noch immer die schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt und die Familiengründung stellt für Frauen eher ein Hindernis bei der Erwerbsintegration dar, während sie für Männer oftmals der Startschuss in ihre tatsächliche Berufskarriere bedeutet.